



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

Medienmitteilung der Unia Region Bern
Bern, 9. Juni 2020

Angriff auf Arbeitsbedingungen im Verkauf

Sonntagsarbeit im Kanton Bern stoppen!

Heute hat der Grosse Rat entschieden, dass Läden zwei zusätzliche Sonntage im Jahr geöffnet haben dürfen. Für die Angestellten heisst das: **Weniger Freizeit, weniger Erholung, noch mehr Stress bei tiefen Löhnen. Die Gewerkschaft Unia sagt Nein zu diesem neuen Angriff auf die Arbeitsbedingungen im Detailhandel und wird das Vorhaben vehement mit einem Referendum bekämpfen.**

Im Kanton Bern sollen zwei zusätzliche Sonntagsverkäufe möglich sein. So will es der Grosse Rat. Die Gewerkschaft Unia wird diesen erneuten Angriff auf die Arbeitsbedingungen im Detailhandel stoppen und ergreift zusammen mit allfällig weiteren Organisationen, namentlich dem Berner Gewerkschaftsbund und politischen Parteien, das Referendum.

Essentielle Branchen auf- statt abwerten

Die letzten Monate haben deutlich gezeigt: Verkäufer/innen leisten einen grossen Teil der Arbeit in den essentiellen Branchen und sorgen für die Grundversorgung; gerade in Krisenzeiten. Entgegen gewisser bürgerlicher Stimmen rettet eine weitere Liberalisierung sicher keine Arbeitsplätze. Es braucht entsprechend mehr, nicht weniger Schutz, nämlich eine Aufwertung der Branche statt einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Und: In mehreren Umfragen, zuletzt im Mai 2020, haben sich die Angestellten in Unia-Umfragen klar und deutlich geäussert: Sonntagsarbeit und eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten sind für sie ein No-Go!

Situation in den Läden bereits jetzt angespannt

Das Verkaufspersonal ist bereits jetzt unter massivem Druck und de facto mit einer schrittweisen Verlängerung ihrer Arbeitszeiten konfrontiert: Tiefe Löhne und flexible Arbeitszeiten gehören zum Alltag. Die Schichten der Verkäufer/innen beginnen früh, sie haben kaum Pausen und nach Ladenschluss füllen sie die Regale auf. Eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten verschärft die Situation. Umso mehr, als dass es keinen Branchen-GAV gibt; sprich: 50% der Angestellten können nicht vom Schutz eines GAV profitieren. Aber nicht nur das Personal ist vom geplanten Angriff der Bürgerlichen betroffen: Auch die kleinen Läden, denn eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten spielen vor Allem den grossen Playern in die Hand.

Es braucht endlich einen allgemeinverbindlichen, kantonalen GAV für den Detailhandel, statt einen weiteren Angriff auf die Arbeitsbedingungen!

Für Rückfragen:

Rébecca Lena-Cristofaro, Regionalsekretärin Unia Transjurane, 079 795 03 76 (Französisch)
Jesus Fernandez, Regionalsekretär Unia Biel-Solothurn-Seeland, 079 231 60 05 (Deutsch/Französisch)
Stefan Wüthrich, Regionalsekretär Unia Bern-Oberaargau-Emmental, 079 642 85 64 (Deutsch)
Giuseppe Reo, Regionalsekretär Unia Berner Oberland, 079 204 96 80 (Deutsch)